

# Nebröer Anzeiger

## Erste Curtius-Rede in Genf.

Das Programm des deutschen Außenministers.  
Genf, 17. September.  
Weichaußenminister Dr. Curtius ergreift während der Generaldebatte in der Vollversammlung des Völkerbundes in deutscher Sprache das Wort zu der angeforderten, in allen Kreisen mit großer Spannung erwarteten Rede, der man besonders im Hinblick auf den Ausgang der Wahlen zum deutschen Reichstag große Bedeutung beimisst. Das Haus ist wie bei großen Gelegenheiten überfüllt. Die Zuhörer sind vollständig erschienen. Die Diplomatentribünen und Presselogen sind ebenfalls dicht besetzt.

### Völkerbund.

Nachdem Dr. Curtius allen Rednern für die herzlichen Worte gedankt hatte, die dem Ansehen Dr. Sirens demnächst werden, erklärte er u. a. folgendes: Das gesamte deutsche Volk hat Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit großen Hoffnungen begleitet. Die internationale Entwicklung hat seitdem aber manche Enttäuschungen gebracht. Der Völkerbund bleibt ein wesentlicher Faktor der Völker, an dessen Weiterentwicklung Deutschland mit allen Kräften arbeiten wird, es darf aber keine Illusionen hegen, sondern keine Stagnation eintreten. In der bisherigen Aussprache ist diesmal ernsthafte Sorge zum Ausdruck gekommen. Wenn aber die Möglichkeit angedeutet worden ist, daß die heutigen Zustände in ihrer weiteren Entwicklung sogar zum Krieges führen könnten.

Io halte ich es für geboten, aus den bloßen Gedanken an solche Möglichkeiten von vornherein auszuscheiden.

### Abrüstung.

Es ist unnötig, über die Abrüstungsfrage noch Worte zu verlieren. Auf die Darlegungen, die die deutsche Abordnung seit vier Jahren gemacht hat, sind keine entscheidenden Tatsachen erfolgt.

Die Regierungen sind mit der Erfüllung ihrer Verpflichtung zur Abrüstung jezt Jahren im Rückstand.

Deutschland betrachtet es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Abrüstungskonferenz im Laufe des nächsten Jahres zusammentritt. Es erwartet von der Konferenz eine gerechte, volle Würdigung und Erfüllung aller Abrüstungsforderungen, führende Verminderung der Rüstungen und weitere Schritte zur Abrüstung in kurzen Zeitabständen.

### Minderheiten.

Ein weiteres Problem, dem die deutsche Regierung große Bedeutung beizumessen ist, ist die Minderheitenfrage. Ich halte es für notwendig, daß die Bundesversammlung nicht einfach die weitere Entwicklung abwartet, sondern daß sie sich fortlaufend mit der größten Sorgfalt beschäftigt. Ich habe die Verbesserung der Minderheitenverhältnisse an den 6. August schon beantragt, wo ich Gelegenheit hatte mich zu den einzelnen Punkten des Minderheitenabkommens Stellung zu nehmen.

### Panuropa.

Dr. Curtius ging dann auf den paneuropäischen Gedanken ein und erklärte: Kein Land fühlt stärker als Deutschland die Gefahr der gegenwärtigen Lage Europas, kein Land hat lebhafteres Interesse an einem Ausgleich der Spannungen als Deutschland. Kein Land kann dringender wünschender Zusammenschluß aller Länder Europas wünschen.

Nach Jahren unter schweren Opfern durchgeführter Verständigungspolitik, ist heute Deutschland in einer Lage, die Anlaß zu ernstem Sorgen gibt. Das wäre nicht möglich, wenn es schon früher zu einem internationalen Zusammenstoß gekommen wäre.

### Wirtschaft.

Der Redner ging dann auf die wirtschaftspolitischen Fragen ein und betonte: Überall mit wenigen Ausnahmen herrscht tiefe wirtschaftliche Depression. Es mag sein, daß es sich diesmal nur um eine zeitweilige Depression handelt, die Not ist aber so groß, daß alle Kräfte zur Überwindung eingesetzt werden müssen. Deutschland ist von der Krise am stärksten betroffen worden, da seine gesamte Wirtschaft durch die Reparationszahlungen auf das Schwereste vorbelastet ist. Man muß jezt nach besseren Wirtschaftsformen suchen.

Der Gedanke einer europäischen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet ist daher zur rechten Zeit gekommen. Deutschland ist bereit, dabei mitzuarbeiten. An der Meißbegünstigungsfrage hat Deutschland das größte Interesse.

Die deutsche Regierung behält sich vor, u. a. die Frage des Kapitalverkehrs aufzuwerfen. Es ist völlig unwirtschaftlich, wenn in einigen Ländern Kapitalverlust an Geld besteht, während in anderen Ländern ungeheuer hohe Zinsen gezahlt werden müssen. Die deutsche Abordnung begrüßt den Vorschlag des Bundeslangens Schöber, zunächst sich regional zu verständigen.

Die eigentlichen Schwierigkeiten bei der Schaffung einer besseren und einseitigen Wirtschaftsordnung beginnen erst, wenn wir daran gehen, das „Wie“ hierfür zu finden. Es kann sich dabei nicht darum handeln, um Zollpositionen zu streiten, oder sich kleine Vorteile für kurze Zeit zu sichern, sondern es handelt sich darum, einen langen Abschluß der europäischen Wirtschaftsgeschäfte abzuschließen, der durch den Kampf aller gegen alle gekennzeichnet war.

## Memel kämpft um sein Deutschtum.

Nebst litauische Wahlmannschaften.

Memel, 16. September.

Der Wahlkampf zu den am 10. Oktober stattfindenden Landtagswahlen ist bereits in vollem Gange. Eine besonders lebhaftes Tätigkeit wird von litauischer Seite entfaltet, wobei mit allen Mitteln, selbst mit Fälschungen, versucht wird, der Bevölkerung einzureden, daß der Kampf für die Autonomie, um die sich jezt in Memelgebiet alles dreht, vergeblich und aussichtslos ist.

Die litauischen Zeitungen behaupten, daß die Beschwerte der Memelländer wegen der Verletzung der Autonomie vor dem Völkerbundstag nicht zur Sprache kommen werde, da Deutschland es ablehne, sich für die Memelländer einzusetzen. Gleichzeitig wird versucht, die deutschen memelländischen Parteien zu zersplittern. Man arbeitet hier insbesondere mit Verprechungen wirtschaftlicher Art.

Einige von Litauen beherrschte Renegaten haben eine neue Partei, die „Memelländische Wirtschaftspartei“, gebildet, die den Zweck haben soll, die Memelländische Volkspartei, die neben der Landwirtschaftspartei die stärkste Partei im letzten Landtag war, zu zerlegen und Teile davon in das litauische Lager hinzuzuziehen. Der erste Versuch ist allerdings gescheitert. Die Drahtzieher dieser Partei, die ihre geschäftlichen Interessen über die Autonomie stellen

wollen, versuchen jedoch weiter, für ihre durchdringlichen Ziele zu wirken, wobei sie sich fälschlich Namen bekannter memelländischer Persönlichkeiten bedienen. Weiter ist von litauischer Seite die sogenannte wirtschaftliche Autonomiepartei ins Leben gerufen worden, eine Gründung, die unter Mißbrauch der Bezeichnung „Autonomiepartei“ der deutsch-memelländischen Landwirtschaftspartei die Wähler wegnehmen soll.

Da die Wahl unter dem Terror des Kriegszustandes und der Pressezensur stattfinden muß, so werden es die deutschen Parteien nicht leicht haben, den litauischen Wahlmannschaften entgegenzutreten.

Allgemein wird darauf hingewiesen, daß das Wahlergebnis nicht unwesentlich davon abhängt, wie die Entscheidung in Genf über die Memelbeschwerte fallen wird. Kommt die Beschwerte tarifmäßig, wie die litauischen Blätter behaupten, nicht zur Sprache, so muß man für das Schiefgehen der deutschen Parteien die größten Befürchtungen haben.

## Der deutsche Außenhandel.

Im August mit 123 Millionen Markt akt.

Berlin, 16. September.

Der deutsche Außenhandel schloß im Monat August im reinen Wareneinfuhr mit einem Ausfuhrüberschuß von 123,2 Millionen Rm. ab, gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 13,6 Millionen Rm. im Juli. Unter Berücksichtigung der Reparationsabfertigungen ergibt sich ein Nettoumsatz von 175,3 Millionen Rm. im August gegenüber einem solchen von 41,5 Millionen Rm. im Juli. Die Zufuhr (970,8) Millionen Rm., die bereits im Vormonat eine Zunahme um 40 Millionen Rm. auf 950,7 Millionen Rm. erfahren hatte, ist weiter gestiegen, und zwar vor allem infolge vermehrter Fechtwarenansuhr. An der Gesamtansuhr sind die Reparationsabfertigungen mit 52,1 (Juli 55,1) Millionen Rm. beteiligt.

Die Einfuhr im August beträgt 795,5 (909,2) Millionen Rm., wovon etwa 40 Millionen Rm. auf Lagerabrechnungen entfallen, die noch zum überwertenden Teil die Einfuhr in der ersten Hälfte des Monats betrafen. Unter Ausfuhrung der zu einer Überhebung der Einfuhrzahlen im Juli und August führenden Zollabrechnungen im Lagerverkehr, ergibt sich im Vergleich zu den Vormonaten sowohl für Juli als auch August eine Abnahme der Einfuhr um je rund 30 Millionen Rm. Abgesehen von lebendigen Tieren weisen sämtliche Warengruppen der Einfuhr einen geringeren Wert als im Vormonat auf.

## Abrüstungsreden.

Die Aussprache auf der Völkerbundversammlung.

Genf, 16. September.

Der jugoslawische Außenminister Marinowitsch vertrat im Völkerbund den Standpunkt, daß eine Durchführung der allgemeinen Abrüstung bei der gegenwärtigen Lage Europas außerordentlich schwierig sei. Marinowitsch unterstützte dann weitgehend den französischen Panuropa-Vorschlag, lehnte jedoch den Antrag auf Überweisung des Vorschlags an den Politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung ab und verlangte die Einsetzung eines Sonderausschusses, der der Völkerbundversammlung einen feilsch-unrührenden Entwurf über die paneuropäische Organisation vorlegen sollte.

Der japanische Botschafter in London, Matsubara,



Das schmelzende Jara  
VON ANNE FRANZ  
LITERATURRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU SA

(33. Fortsetzung.)

Wir hätten tun sollen, was wir mußten: Uns zu einander bekennen! Daß wir es nicht taten, daß ich dich in jener Stunde gehen ließ, kann ich mir nicht mehr als Tugend anrechnen, sondern nur noch als Feigheit. Daß dieses Bekenntnis zurück zu obiger Warnung: Sie soll mein Weibnachtsgeschenk an dich sein! Sodamals: reinn dich von Deinem Namen.

Verfüge über mich und alles was ich habe.

Dein Pieter.

Benjoe Biron, am 24. Dez. 1900.

Lieber Pieter!

Ich habe Deinen Brief in freudiger Erwartung geöffnet. Ich hoffte Deine Verlobung mit Edith zu lesen. Nun bin ich natürlich enttäuscht.

Daß Du immer noch an mich denken mußt, Du guter armer Mensch. Zu meinem Leid auch das noch. Ich darf meines Lebens nicht froh werden.

Meine Weihnachtswünsche gelten Dir und Edith. Wenn ich Euch doch eins wünsche! Wie würde ich mich freuen. Ich bete jede Nacht, daß Du dich zu ihr finden mögest.

Sie liebt dich, Pieter und ist Deiner wert.

Eure Ehe würde ein Zusammenleben sein und nicht wie meine ein Nebeneinanderleben, die keine Trennung bedarf, weil sie nicht mehr besteht. Schon lange nicht mehr. Ich bin nicht mehr die Frau Mac Leods, sondern nur noch die Waise. Er hat den Diener weggeschickt — der arme Jara schließlich Tag und Nacht um unter Hans — nun muß ich Mutter, Kinderwärterin und Waise zugleich sein. Ich bin es gern, weil ich nicht mehr Gattin zu sein brauche. In meinen wenigen Freistunden finde ich Trost in Buddhas Beisitz.

Leb wohl, lieber Pieter! Schreibe nie wieder. Hörst Du: nie! Er könnte den Brief abfangen, dann bekäm Schläge die, die Du einfließt hast! Schläge — Pieter! Da, so weit ist es. Wie ich mich schäme.

Bertrud Mac Leod.

Djambi, 26. Juli 1901.

Bereehrte gnädige Frau Emmits!

Kurz und schlicht, ohne jede Einleitung: Wollen Sie die Meine werden? Wie es um mich steht, habe ich Ihnen offen und rückhaltlos wissen lassen. Ich habe dem von damals heute nichts hinzuzufügen als lediglich die Versicherung, daß Sie einen treuen und aufrichtigen Lebenskameraden in mir finden werden, der nie vergessen wird, was er einer Frau schuldet.

Ihr Pieter Callich.

Buitengerr, am 30. Juli 1901.

Lieber Herr Callich!

Endlich finden Sie die Frage, die ich immer schon lehnlich erhoffte: Die wenigen Seiten, die Sie schreiben, sind ganz Sie selbst. Sie beglücken mich.

Ebenso kurz und schlicht, wie Sie mich fragen, antworte ich Ihnen: Ich will die Ihre sein, freudig, rückhaltlos und gern.

Kommen Sie bald zu Ihrer Edith Emmits.

Amsterdam, am 24. Juni 1901.

Meine liebe, arme Traute!

Das ist ja grauenregend, was Du mir schreibst. Schluß machen! Sofort! — Das kann kein Gott und keine Religion wollen, daß ein wertvoller Mensch an einem wertlosen zugrunde geht.

Das ist doch kein Mann mehr, der seine Frau mißhandelt. Das ist doch kein Mensch mehr, der einer gewesenen ich habe den Kerl so von allem Anfang an richtig eingeschätzt. Nie wird aus einer Kreatur ein Charakter. Denk an Dein Kind. Das ist ein Wertebendes. Dem gehört Du. Nicht ihm, der ein Bergehender ist. Soll

Dein Mädchen vom Beginn seines Denkens an nur Widerwärtigkeiten zu leben bekommen? Soll es an diesen Gindruden ein Leben lang tragen müssen!

Nachmals: Schluß machen! Dir und Deinem Kinde bist Du es schuldig. Dann jede Hilfe an die Dir geboten wird. Geld übernehme ich für dich an die Jara-Bank. Mit gleicher Post schreibe ich an die Militärbehörde. Dich tritt. ich, Scheidung eingereicht beim Kolonialgericht. Wende dich an den Anwalt Hysmann in Semarang.

Gott sei mit Dir und Klein-Hannele. Wiederlehn! Bald! An Amsterdam! Oh n e i h n!

Dein Vater. A. Zelle.

Dieser Brief, der am 24. Juni 1901 in Amsterdam geschrieben worden war, kam am 3. August in Benjoe Biron an, gleichzeitig mit einem anderen, der den Aufgabestempel Buitenzorg trug.

Der Botschafter hatte beide Briefe Traute auf der Barends übergeben.

Den aus Buitenzorg las sie zuerst. Ihr Gesicht war hell Freude.

Die zwei, die sie liebte, waren ein Paar geworden. Sie teilten ihre Verlobung mit und luden die Freundin zu Besuch.

Wie sie ihr Glück finden, die gütigen Menschen? damit steckte sie den Brief in den Ausschnitt ihres Kleides. Dann las sie den anderen.

Und als sie fertig war — — meinte sie. Draußen gleich Jara vorbei. Der hörte ihr Schluchzen. Da schloß er die Augen und trampfte die Hände. Diese Dynamit. Dieses zum Töden und Dienen oer-dammte sein.

D, er würde marien bis der andere fort war. Dann würde er zu ihr gehen, sie trösten und ihr zu helfen versuchen. Nie würde er sie verlassen, wenn sie nicht tat, was sie in einer Stunde getan: ihn wegklopfen.

Zum Dienstantritt fertig, trat Mac über die Schwelle, wie immer die Reispelische im Stiefelschiff und den Revolver umgehängt. Ergründet fuhr Traute auf. Sie wendete sich ab, wollte es ihm vorbeigeben. (Fortsetzung folgt.)



# Reformer Anzeiger

Amtesblatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Regensburg

Schreibleitung: W. Bauer in Regensburg.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Regensburg.  
Geschäftsstelle in Regensburg: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/26.  
Fernsprecher: Amt Regensburg Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtsparkasse Regensburg — Bankverein Regensburg.

Nr. 111 Donnerstag, den 18. September 1930 43. Jahrgang

## Einsicht und Aussicht.

Führende Politiker zur Wahl.

Berlin, 16. September.

Eine Reihe von führenden Politikern äußerte sich zu der durch die Reichstagsneuwahlen entstandenen politischen Lage wie folgt: Für die

### Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

erklärte Dr. Goebbels: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat einen triumphalen Wahlsieg von vornherein erwartet. In dem Umfange, in dem er tatsächlich eingetreten ist, kommt er selbst für uns überaus. Wir haben nicht die Absicht, auf den errungenen Vorbeuren auszurufen. Der Kampf um die Erwerbung der Macht geht an heutigen Tage weiter. Hinsichtlich der vollkommen verworrenen politischen Lage ist es im Augenblick unmöglich, eine Stellungnahme zu künftigen Regierungsbildungen zu geben. Nebenfalls aber kann erklärt werden, daß die nationalsozialistische Bewegung nur unter den Umständen Verantwortung übernimmt, wenn sie das vor Volk und Nation verantworten kann. — Die Parteileitung der

### Deutschnationalen Volkspartei

teilt mit: Die Wähler des Zentrums, die an seiner langjährigen Schaulustpolitik und damit an der Fortdauer des Einflusses der Sozialdemokratie schuld sind, haben die Qualität für ihre Politik erhalten. Die Deutschnationale Volkspartei, die über ihre am 18. Juli vertriebenen 36 Mandate hinaus diesmal nur fünf zurückgekommen hat, kann gleichwohl in dem Wahlergebnis nur eine volle Rechtfertigung des Kurzes erblicken, denn sie ist in starkem Gegensatz zu den absichtlichen oder unabsichtlichen Irrungen der republikanischen Mitte in den Kämpfen der letzten anderthalb Jahre festgehalten hat. Sie wird in Ruhe und entschlössen diesen Kurs weiterverfolgen. Es ist bei weiterer Feststellung zu erwarten: Das Geleit des Handwerks ist jetzt bei der Rechten. Wie aus maßgebenden Kreisen der

### Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei

erklärt wird, hat man für die Partei selbst mit keinem wesentlichen anderen Ergebnis gerechnet. Unter Hinzuaddition der Deutschen Bauernpartei wird die Bauerngruppe mit Einschluß der Konfessionen und der Hannoveraner rund 35 Mandate haben. Wie der Eintrag dieser Gruppe erfolgen kann, wird sich erst in den nächsten Tagen entscheiden. Man legt hier das Schwerk Gewicht des Wahlergebnisses auf die Haltung der Volkspartei an die Sozialdemokratie. Da die Bauernpartei keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie sieht, könnten sich auch Volkspartei und Wirtschaftspartei an eine große Koalition nicht heranwagen. Die Nationalsozialisten hätten also durch ihren Wahlerfolg die Verantwortung dafür bekommen, ob überhaupt der Versuch einer solchen Fortführung der Politik gegeben ist. Die Voraussetzung dazu wäre die Einigung mit den Deutschnationalen auf positive Ziele. — Staatssekretär 3. D. Kempfers, der Reichsgeschäftsführer der

### Deutschen Volkspartei,

schreibt in den „Kulturbeiträgen“ u. a.: „Rückblickend bewahren die Ergebnisse die Wichtigkeit der von der Deutschen Volkspartei betriebenen Sammlungspolitik, die zum Ausgangspunkt ihrer Politik das Erreichen des Zusammenenschlusses von Parteien auf breiterer Grundlage nahm. Heute werden auch diejenigen, die glauben, in engerer Zusammenarbeit unter Hervorhebung politischer Trennungslinien eine „Sammlung“ betreiben zu müssen, sich nicht nicht nicht verschließen, daß solche Sammlungen angeheißt sind. Für die Deutsche Volkspartei wird nach wie vor der Gedanke bestimmend sein, daß die Wirtschaftslage weitgehend Reformen verlangt, und sie wird bereit sein, ihre Mühsal bei der Arbeit zur Verfügung zu stellen, wenn diese erste Voraussetzung gesichert ist.“ — Reichsminister a. D. Giesberts von

### Zentrum

ist der Auffassung, daß der neugewählte Reichstag sich nur dann als arbeitsfähig erweisen werde, wenn alle Rechtsgruppen einschließlich der Nationalsozialisten sich politisch einstellen und vor allem das Reformprogramm der Reichsregierung Dr. Brüning unterstützen und beschließen würden. Nur in diesem Falle wäre es nach seiner Auffassung möglich, daß ein Kabinett Brüning zustande komme, das sich neben den bürgerlichen Parteien der Mitte auch auf die Rechtsgruppen stütze. — Reichsminister a. D. Dr. Koch-Weser äußerte sich für die

### Staatspartei

über die Reichstagswahlen wie folgt: „Die Wahlen brachten ein starkes Aufschwimmen der radikalen Front, hervorgerufen durch die schwerere, teilweise trostlose wirtschaftliche Lage. Ich sehe keine andere Möglichkeit als eine Zusammenfassung aller Kräfte, die die Ordnung verteidigen und das Vertrauen auf die deutsche Finanzkraft wiederherstellen.“

### In der Bayerischen Volkspartei

betrachtet man das Reichstagswahlergebnis als die Folge der Politik Hugenbergs. Es händen zwei fünfteil Revolutionären drei fünfteil gegenüber, die arbeiten und die Verantwortung tragen wollten. Was das Ergebnis für Bayern betrifft, so habe sich Bayern gut gehalten. Vom Stande der bayerischen Politik aus ergäben sich infolgedessen günstige Perspektiven, als der Bauernbund von der Bevölkerung ab-

gelehrt worden sei. Das Organ der Bayerischen Volkspartei, der „Regensburger Anzeiger“, schreibt unter der Überschrift „Lot geboren“ u. a.: „Es erhebt sich die schwerwiegende grundsätzliche Frage, ob denn mit der Sozialdemokratie überhaupt eine durchgreifende Reform geschaffen werden kann. Nicht unmaßgebend wäre im Falle einer solchen Koalition ein Austritt Brünings oder gar eine Präzedenzentscheidung.“

### Reichstagsabgeordneter D. r. e. i. c. h., der Vorsitzende der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

erklärt: „Die Wirtschaftspartei drängt sich nicht nach der Regierung. Sie ist jedoch bereit, falls der Ruf an sie geht, in die Regierung einzutreten, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß größte Sparsamkeit gewährleistet wird, der Finanzausgleich endlich zustande kommt und die Sonderbelastung des gewerblichen Mittelstandes beseitigt wird.“

### Von christlich-sozialer Seite

wird geschrieben: „Die Reichstagswahl war eine Weltanschauungswahl. Nicht das wirtschaftliche Interesse, sondern die Weltanschauung liegt; sie brachte für den Christlich-Sozialen Volksdienst einen beachtlichen Ansehenserfolg von 87 377 Stimmen und 14 Mandaten, für das Zentrum und die orthodoxen Weltanschauungsparteien rechts und links Erfolg, während die Parteien mit weniger ausgeprägter Weltanschauung, wie die Staatspartei und die Deutsche Volkspartei, den Kreuzgang gingen. Der Christlich-Soziale Volksdienst hat ein gutes Recht, sich gegen die beschimpfende Bezeichnung „Spalterpartei“ zu wehren.“

### Die Sozialdemokratische Partei

schreibt im „Vorwärts“: „Die Macht zu schaffen, die Deutschland auf verfassungsmäßige Bahnen zurückführt und die zugleich den Massen die Gewähr bietet, daß auf verfassungsmäßigem Boden ihre Interessen am besten gewahrt bleiben, liegt uns die Förderung des Tages zu sein. Würde sie nicht anerkennen und nicht an allen entscheidenden Stellen entsprechend gerührt werden, dann wäre allerdings das Ende nicht abzusehen.“

## Das Ausland zum Wahlergebnis.

### Wien

Die Monatsblätter berichten ausführlich über die Reichstagswahlen. Sie haben als größte Überraschungen den Erfolg der Nationalsozialisten, den Umschwung der Kommunisten auf Kosten der Sozialdemokraten und die Niederlage der Demokraten hervor. Die drei linksradikalen Blätter bezeichnen den Ausgang der Wahlen als einen Sieg der Volksparteien. Das christlich-soziale Monatsblatt sieht in dem Wahlausgang einen Sieg des Wohlstandes und betont, daß sich das Zentrum als einzige bürgerliche Partei behauptet habe.

### Paris

Die deutschen Wahlen fielen in der Pariser Presse im Vordergrund des Interesses. In langen Artikeln äußern sich die Blätter schon jetzt zu den bisher bekannten Teilergebnissen und bringen in fortgeführten Heftausgaben den Sieg der Nationalsozialisten, der je nach der Einstellung der Blätter verschieden gewertet wird. Während die linksgerichteten Zeitungen wie der „Journal“, „Populaire“ und das „Devoir“ darauf hinweisen, daß der Erfolg der Nationalsozialisten besonders auf Kosten der Rechten gehe und die Sozialisten dem „Ansturm des Bürgerkriegs“ laudablen hätten, führen sich die Rechtsblätter durch das Ergebnis der Wahlen beunruhigt. Das „Journal“ erklärt, daß man sich den Sieg der Nationalsozialisten nicht anders erklären könne als dadurch, daß das deutsche Volk plötzlich den Kopf verloren habe. Das Ergebnis des 14. September übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. Süßer und Spengler seien zur Stunde unbestreitbar die Herren des Landes. Der „Figaro“ betont, daß das Ergebnis der Wahlen vom internationalen Standpunkt aus betrachtet alles weniger als beruhigend für den Weltfrieden sei. Der „Reit Parisien“ sieht in dem Wahlausgang eine Niederlage Brüning, die gerade für einige Parteien, auf die er sich gestützt habe, am meisten gefährlich aus der Wahlen hervorgegangen seien. Sicher werde sich das Wahlergebnis sehr stark auf die deutsche Außenpolitik auswirken.

### London

Die englische Presse, die den Wahlkampf mit einer gewissen Unruhe verfolgte, ist der Ansicht, daß die Lage im neuen Reichstag ziemlich schwierig sein wird. Man ist besonders überrascht über das außerordentlich starke Anwachsen der Nationalsozialisten und erklärt sich die Wahlerfolge der beiden Flügelparteien auf der Rechten und Linken aus dem Umwurf der Wähler über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands. Diese Gesamtbeurteilung von englischer Seite zeigt, daß die englische Öffentlichkeit und Presse die Lage in Deutschland viel durchweg unrichtig beurteilt hat und sich gar nicht zu entschuldigen hat, die durch die fortgesetzten Drangsalierungen Deutschlands auf politischem und finanziellem Gebiet eines Tages ausgelöst werden mußten. Jahre hindurch hat die englische Presse in allen ihren Teilen keinerlei Verständnis für die Bedeutung eines gesunden Bürgertums in Deutschland gezeigt.

### Stockholm

Die Stockholmer Morgenblätter stellen fest, daß Hugenberg sich seiner Ueberzeugung schuldig gemacht habe, als er äußerte, daß die Nationalsozialisten und Deutschnationalen

im neuen Reichstag 150 Sitze aufbringen würden. Alle Blätter betonen, daß die Brüning-Koalition eine schwere Niederlage erlitten habe. „Sonstige Tagblätter“ schreibt, rein theoretisch gebe es in dem neuen Reichstag nur zwei Möglichkeiten der Mehrheitsbildung: entweder eine Koalition der Sozialdemokraten und des Sozialrechts der jetzigen Regierungskoalition, oder eine Koalition von Jünger bis Brüning. Die letzte Lösung erscheine jedoch sehr unwahrscheinlich.

### Moskau

Der große Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen hat hier allergrößtes Aufsehen erregt. Soweit die Blätter bisher zu dem Wahlausgang Stellung nehmen, halten sie übereinstimmend die Bildung der Großen Koalition als einzig mögliche parlamentarische Lösung. In amerikanischen politischen Kreisen wird die Entloftung in Deutschland mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Große Bedeutung findet die Niederlage der Konfessionellen Volkspartei.

### Moskau

In russischen Kreisen unterrichtet man den Erfolg der SPD. Die Führung durch Neumann-Schalmann habe sich bewährt. Die Reichstagen, die die Kommunisten unter Führung Stalin gegeben habe, hätten sich als richtig erwiesen. Die SPD habe der deutschen Sozialdemokratie einen maßgebenden Schlag zugefügt. In Moskauer politischen Kreisen ist man sehr pessimistisch betreffs der Lebensdauer des neuen Reichstages. Aufgabe der SPD sei es, die Sympathien in der Arbeiterklasse zu erweitern, um bei den neuen Wahlen eine noch höhere Stellung einzunehmen und die Ideen der Sozialisten in Deutschland verwirklichen zu können.

## In offener Feldschlacht.

Das Reichskabinett bleibt bei seinem Programm.

Berlin, 17. September.

Amlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorbehalt des Reichstagsantrags Dr. Brüning ist das Reichskabinett in einem Meinungsaustrich über die durch die Wahlen geschaffene politische Lage ein.

Es bestand die einstimmige Auffassung, daß die Reichsregierung das im Sommer in Angriff genommene Programm einer sachlichen Arbeit zur Lösung der wirtschaftlichen, Finanz- und sozialpolitischen Aufgaben mit allem Nachdruck so weit zu fördern hat, daß dem neuen Reichstag bestimmte Vorlagen zugeleitet werden können.

Damit ist, wie in auch gleich nach der Reichstagswahl angenommen wurde, die Frage entschieden, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, zurückzutreten, daß sie vielmehr die Absicht hat, sich dem Reichstag in offener Feldschlacht zu stellen. Sie wird also ihre Verhandlungen auf finanziellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten sofort nach seinem Zulutritt dem Reichstag unterbreiten, im übrigen aber auch gleich die sogenannte große Finanzreform vorlegen. Bereits diese ersten Verhandlungen werden zeigen müssen, in welcher Form das Reichskabinett mit den Parteien über deren Unterlegung verhandelt wird bzw. ob und in welcher Art koalitionsmäßige Bindungen verhandelt werden sollen. Da der Reichstag voraussichtlich bereits am 13. Oktober eintritt, werden die Verhandlungen am 17. September in der Regierung Briarungen lassen.

### Paris

Die Pariser Presse hat die Ergebnisse der Reichstagswahlen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Blätter sind der Auffassung, daß die Wahlen ein klares Bild von der Stimmung im deutschen Volk gegeben haben. Die Nationalsozialisten sind als die stärkste Partei hervorgegangen, was auf eine tiefere Krise im deutschen Volk hindeutet. Die Sozialdemokraten haben einen erheblichen Verlust erlitten, was auf eine Abkehr von der alten Politik schließen lässt. Die Christlich-Sozialen und die Bauernpartei haben ebenfalls gute Ergebnisse erzielt, was auf eine Unterstützung der Reformen hindeutet. Die Wahlen sind als ein Zeichen für die Notwendigkeit einer neuen Regierung zu werten.

### London

Die Londoner Presse hat die Ergebnisse der Reichstagswahlen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Blätter sind der Auffassung, daß die Wahlen ein klares Bild von der Stimmung im deutschen Volk gegeben haben. Die Nationalsozialisten sind als die stärkste Partei hervorgegangen, was auf eine tiefere Krise im deutschen Volk hindeutet. Die Sozialdemokraten haben einen erheblichen Verlust erlitten, was auf eine Abkehr von der alten Politik schließen lässt. Die Christlich-Sozialen und die Bauernpartei haben ebenfalls gute Ergebnisse erzielt, was auf eine Unterstützung der Reformen hindeutet. Die Wahlen sind als ein Zeichen für die Notwendigkeit einer neuen Regierung zu werten.

### Stockholm

Die Stockholmer Morgenblätter stellen fest, daß Hugenberg sich seiner Ueberzeugung schuldig gemacht habe, als er äußerte, daß die Nationalsozialisten und Deutschnationalen

## Wenn Preußen gewählt hätte!

Die Mehrheitsverhältnisse im Landtag.

Berlin, 17. September.

Als der Reichstag aufgelöst wurde, wurde vielfach angenommen, daß gleichzeitig mit dem Reichstag auch der